

26. MÄRZ 1953

Wien, den 26. März 1953.

Lieber Freund !

Zur Deiner Kenntnisnahme übermittle ich Dir
in der Anlage einen Gedächtnisvermerk über die
am 25. ds. stattgefundene Besprechung mit der ÖVP.

Herzlichen Gruß

1 Beilage 1

Erging gleichlautend an:

- VK Dr. Schärf,
- BM Oskar Helmer,
- Bgmst. Franz Jonas
- NR Dr. Bruno Pittermann

Gedächtnisvermerk

über die Besprechung der Verhandlungskomitees der SPÖ und ÖVP
über die Regierungsbildung.

Zeit: Mittwoch, den 25. März 1953, 11 Uhr Vormittag.

Ort : Kleines Ministerratszimmer im Bundeskanzleramt.

Anwesende: für die SPÖ - Schärf,
Helmer,
Jonas,
Pittermann,
Waldbrunner;

für die ÖVP - Raab,
Maleta,
Kraus,
Weinberger,
Gorbach.

RAAB rekapituliert einleitend die Besprechung vom Vortag:

- 1.) Das Budgetprovisorium soll verlängert werden, wenn die gesetzlichen Voraussetzungen dafür bestehen.
- 2.) Bei der Beratung- und Beschlußfassung der Schulgesetze wird auch über die Dotierung der konfessionellen Schulen verhandelt werden.
- 3.) In der Randgemeindenfrage sollen sich die Vertreter der Landesregierung Wien und Niederösterreich unter Vorsitz des neuen Bundeskanzlers beraten und eine Vereinbarung suchen.
- 4.) Die Sozialistische Partei meldet die Entschädigung für die Verluste des Jahres 1934 an, für die man eine Lösung finden soll.
- 5.) Über die Wirtschaftsgesetze ist im Zuge der Regierungsverhandlungen noch eine Vereinbarung zu finden.
- 6.) Für die Regierungszusammensetzung liegt der Vorschlag RAAB's vor, der die Verteilung der Ministerien unverändert aufrecht erhält und Staatssekretäre im Innen- und Außenministerium vorsieht.

7.) Über den Weiterverbleib der Sechserausschüsse im Finanzministerium und Verkehrsministerium wurde keine Einigung erzielt.

RAAB schlägt vor, die beiden letzten Punkte weiter zu beraten.

HELMER verlangt neuerlich das Handelsministerium, das von der ÖVP bereits dem WdU versprochen wurde.

RAAB erklärt: "Das kommt nicht in Frage".

WALDBRUNNER ergänzt die Forderung Helmer's auf das Handelsressort durch den Anspruch auf den Präsidenten des Rechnungshofes, was ja in einer gestrigen Zwischenfrage Gorbach's auch geschehen ist.

MALETA und RAAB erklären in der weiteren Diskussion, daß ein Versprechen auf das Handelsressort dem WdU nicht gegeben worden ist.

HELMER und SCHÄRF schlagen vor, das Protokoll des Geheimpaktes ÖVP - WdU zu holen, das im Tresor des Herrn Bundeskanzler Figl liegen muß.

MALETA sagt in der weiteren Diskussion: "Ein Handelsminister vom WdU hätte dasselbe getan wie ein ÖVP-Minister".

SCHÄRF erwidert darauf: "Wir würden ja auch eine gemeinsame Wirtschaftspolitik machen, wenn eine gemeinsame Regierung zustande kommt."

RAAB: "So kommen wir nicht zusammen".

SCHÄRF: "Wenn wir zusammen eine Regierung machen, dann kann die ÖVP keinen stillen Gesellschafter mitnehmen. Der Vorsprung der ÖVP gegenüber der SPÖ von einem Mandat ist abgegolten genug durch den 1. Präsidenten im Nationalrat und durch den Bundeskanzler."

GORBACH schlägt vor, daß sich beide Parteien auf die vorbereiteten Stellungen zurückziehen.

RAAB drängt, sich auf seinen Vorschlag zu einigen.

SCHÄRF und HELMER lehnen das ab und zählen die Ressorts der ÖVP und der SPÖ auf, um nachzuweisen, wie sehr die ÖVP im Vorteil ist.

Darauf wissen die Vertreter der ÖVP längere Zeit nichts Ernstes zu erwidern, erschöpfen sich aber in der Darstellung, wie wenig ersprießlich die Tätigkeit ihres Staatssekretärs Graf in den vergangenen Jahren gewesen ist.

MALETA erklärt, sie hätten schon eine große Konzession gemacht, indem sie auf die Dreierkoalition verzichteten.

WALDBRUNNER erwidert ihm, daß es sich dabei nur um einen Wunschtraum der ÖVP gehandelt hat und der Verzicht auf die Erfüllung dieses Wunschtraumes keineswegs als Konzession ausgelegt werden kann.

HELMER sagt dazu: "Der Verzicht wird von uns nicht ernst genommen, denn Sie drohen ja jeden Tag mit der Überstimmung im Parlament."

GORBACH versucht einzulenken und meint, daß dieses Überstimmen ja nicht für alle Dinge gedacht ist, sondern nur in nebensächlichen Fragen.

RAAB wird in der weiteren Diskussion wieder wild und erklärt immer wieder, daß die Forderungen der SPÖ unernst sind und von der ÖVP nicht angenommen werden können. Er fragt die Vertreter der SPÖ, "ob sie aus der ÖVP einen Popanz machen wollen?"

WALDBRUNNER ruft ihm zu: "Das wollen wir nicht, aber einen Geßler dulden wir auch nicht in der Regierung."

RAAB lenkt wieder ein und verweist darauf, daß er noch immer alle Fragen mit den Sozialisten gelöst habe.

SCHÄRF und HELMER stimmen ihm zu, was ihm sichtlich wieder beruhigt.

WALDBRUNNER sagt: "Tun Sie das auch diesmal, was Ihnen umso leichter fällt, da wir uns ja nicht auf das Handelsministerium versteifen. Es kann ja auch ein anderes Ministerium sein".

RAAB: "Wir können gar nichts abgeben".

PITTERMANN: "Die Stellung der ÖVP in der Wirtschaft und in der Wirtschaftsverwaltung kommt wirklich einem Geßler gleich. Man nehme nur den Einfluß bei den Banken, der soweit geht, daß sozialistische Funktionäre dieser Banken vollkommen ausgeschaltet werden und nicht einmal der Portier sie mehr grüßt".

RAAB erwidert, daß der Einfluß der SPÖ auf die Kreditvergebung viel größer sei als der der ÖVP. Man soll nur das Beispiel der Sozialversicherung nehmen.

Er wird von den sozialistischen Vertretern dieser Behauptung wegen ausgelacht.

GORBACH: "Lassen wir die letzten Dinge sein."

WALDBRUNNER stimmt ihm zu und bringt das Gespräch wieder auf die Neuaufteilung in der Regierung. "Wir überlassen es der ÖVP, welches Ressort an uns abgetreten wird. Das naheliegendste ist für uns das Handelsressort, da man dieses dem WdU versprochen hat. "

RAAB empört sich neuerlich darüber. " Sie wollen alle Arbeitnehmer und alle Arbeitgeber allein beherrschen".

PITTERMANN: "Das will die ÖVP". "Man hat uns längst aus allem Einfluß, den wir im Handelsministerium und im Finanzministerium hatten, verdrängt und nur auf die Staatsbetriebe im Verkehrsministerium beschränkt."

RAAB: "Das Handelsministerium zu verlangen, bedeutet, daß Sie nicht ehrlich mit mir zusammenarbeiten wollen. Das zeigt sich übrigens auch im Verhalten der AZ. Wenn ich auch für manches Verständnis habe, so muß man einsehen, daß ich auch Nerven besitze. Ich verstehe, daß man mir die Regierung nicht leicht macht und vor allem nicht sofort gibt. Aber Ihre Forderungen bedeuten eine Ablehnung der Zusammenarbeit."

HELMER und WALDBRUNNER antworten ihm, daß es sich um keine Verzögerungstaktik der Sozialisten handelt, sondern daß diese eine gerechte Verteilung in der Regierung wünschen.

RAAB: "Was heißt gerechte Verteilung ? Das kann man nicht machen."

HELMER: "Also keine gerechte Verteilung".

GORBACH versucht über die Dinge zu reden, die Pittermann bezüglich Einfluß der Sozialisten im Handelsministerium und im Finanzministerium angeschnitten hat.

SCHÄRF schlägt vor, die Bauten aus dem Handelsministerium herauszulösen und den Sozialisten die Hoheitsaufgaben dieses Handelsministeriums zu übertragen.

RAAB wird wieder nervös und erklärt, daß sie alles das nicht tun werden. "Da gehen wir lieber mit dem WdU in die Opposition".

WEINBERGER: "In diesem Falle gibt es noch eine andere Möglichkeit und das sind die Neuwahlen".

Die sozialistischen Vertreter sind von diesen Drohungen nicht erschüttert und die ÖVP beruhigt sich wieder.

RAAB wiederholt seine Vorschläge der unveränderten Aufteilung der Ministerien mit den beiden Staatssekretären im Inneren und Äußeren.

GORBACH: "Wie ist das mit dem Rechnungshof. Soll er noch zum Ressortanspruch dazukommen ?"

HELMER und SCHÄRF antworten mit ja.

RAAB: "Wir sollen den Buckel herhalten und die SPÖ wird ernten".

WALDBRUNNER: "Wir werden Schulter an Schulter kämpfen".

SCHÄRF: "Wir sind sehr dankbar, daß man uns im Wahlkampf zur Oppositionspartei gestempelt hat. Das hat uns sicher sehr viel Stimmen gebracht".

MALETA lenkt neuerlich ein und zählt auf, was der ÖVP-Vorschlag für die Sozialisten an Vorteilen enthält.

RAAB: "An wen denken Sie für den Rechnungshof ?"

SCHÄRF: "Das steht noch nicht zur Diskussion".

RAAB: "Wenn Sie den Präsidenten bekommen, dann gehört der ÖVP der Vizepräsident.

SCHÄRF: "Dann geben Sie uns für diesen Vizepräsidenten einen Staatssekretär in einem anderen Ressort von Ihnen".

PITTERMANN: "Vielleicht in der Landwirtschaft".

RAAB wird wieder unruhig. Er begründet die Forderung nach dem Vizepräsidenten des Rechnungshofes wie folgt: "Schmutzwinkel sind in jedem Ressort und die ÖVP will nicht wieder der SPÖ ausgeliefert sein. Der Bankenbericht ist uns Lehre genug."

SCHÄRF: "Sie sind in all diesen Dingen schlecht informiert."

Es entspinnt sich eine erregte Debatte über die Zustände in der Verwaltung und vor allem über die politische Betätigung der hohen Beamten aus ÖVP-Kreisen.

GORBACH lenkt wieder ein und fragt, ob nicht von einem Staatssekretär in der Landwirtschaft gesprochen wurde?

WALDBRUNNER: "Ja, als Ausgleich für den Vizepräsidenten im Rechnungshof."

Das erregt neuerlichen Unmut bei der ÖVP-Fraktion.

HELMER beginnt wieder mit der Aufzählung der einzelnen Ressorts und deren sachlichen Inhalt, um den Vorsprung der ÖVP zu demonstrieren.

WEINBERGER tut das gleiche, um den Vorteil der SPÖ aufzuzeigen.

Auch RAAB, den das wütend macht, beginnt damit. Er meint, durch seinen Vorschlag wären Bundeskanzleramt, Innenministerium und Außenministerium durch Doppelbesetzung neutralisiert und scheiden aus dem Vergleich aus. Es bleiben dann 4 ÖVP-Ministerien und 3 SPÖ-Ministerien, so daß als Ausgleich für die SPÖ die Zuerkennung des Rechnungshofes genügen muß.

WALDBRUNNER: "Diese Rechnung geht nicht auf".

RAAB: "Dafür haben Sie ja den Bundespräsidenten".

WALDBRUNNER: "Der ist vom Volke gewählt und nicht in der Nationalratswahl. Aber Sie haben den ersten Nationalratspräsidenten."

RAAB: "Und Sie den 2. Präsidenten".

WALDBRUNNER: "Und Sie haben den 3. Präsidenten verschenkt."

SCHÄRF: "Warum bringen Sie den Bundespräsidenten in die Diskussion? Der Bundespräsident wurde in freier Volkswahl gewählt und die hat ja auf Ihr Verlangen stattgefunden."

RAAB: "Das Bundeskanzleramt ist durch die Anwesenheit des Vizekanzlers geteilt und der Vizekanzler hat sich in der Vergangenheit nie über mangelnde Loyalität des Bundeskanzlers beschwert. Er wird sich auch in der Zukunft darüber nicht zu beschweren haben. Ich bitte Sie, diese meine Vorschläge anzunehmen."

SCHÄRF hält die weitere Diskussion für fruchtlos und schlägt vor, die Verhandlungen auf Samstag zu vertagen, weil die Sozialisten im Parteivorstand, der Freitag zusammentritt, berichten wollen.

RAAB will noch über die verstaatlichten Betriebe reden. Der Einfluß des Sechserausschusses soll erhalten bleiben.

WALDBRUNNER lehnt das ab mit dem Hinweis, daß auch bei den vielen Betrieben des Finanzministeriums und der anderen ÖVP-Ressorts eine solche Einflußnahme durch die Sozialisten fehlt.

RAAB und MALETA wollen ein Abkommen für das Finanzministerium und das Verkehrsministerium, wonach auf die personellen Besetzungen in den Betrieben von der Gegenseite Einfluß genommen werden kann.

WALDBRUNNER und SCHÄRF lehnen das mit dem Hinweis darauf ab, daß ein solches Abkommen bei Kamitz wertlos ist, weil er zu keinem Wort steht und sich an kein Abkommen hält.

SCHÄRF: "Kamitz hat sich an drei wichtige Vereinbarungen, die mir bekannt sind, nicht gehalten und sein Wort gebrochen.

Er hat 1.) die Erhöhung der Zölle eigenmächtig entgegen einer bestehenden Vereinbarung erhöht. Er hat

2.) eine bei der Verabschiedung des Nachtragsbudgets geschlossene Parteienvereinbarung wegen Abänderung der Einnahmen- und Ausgabensätze einfach nicht gehalten, obwohl diese von Raab und mir gezeichnet war und er hat

3.) entgegen den Bestimmungen des Koalitionspaktes und entgegen unserer Einsprüche personelle Veränderungen bei den Banken zu unserem Nachteil vorgenommen."

HELMER: "Kamitz erklärt immer, daß für ihn kein Parteienübereinkommen bindend ist, weil er keiner Partei angehört."

RAAB nimmt Kamitz in Schutz und ist über diese Ablehnung sehr wütend. "Wollen Sie eine Zusammenarbeit? Ja oder nein?"

SCHÄRF: "Wir wollen eine Zusammenarbeit, aber nicht so, wie Sie sich das vorstellen. Sie wollen die Einflüsse in den sozialistischen Ressorts, die überholt sind, wieder aufleben lassen, während die Einflüsse, die wir in ÖVP-Ressorts hatten, nicht mehr bestehen und auch nicht mehr von Ihnen zugestanden werden. Das gilt besonders auch vom Handelsministerium."

RAAB: "Wir müssen zu einem Abkommen gelangen, sonst stimmen wir im Parlament gegeneinander. Die Demokratie, die die Sozialisten vertreten, ist brüchig, da sie mit der Straße drohen."

PITTERMANN und HELMER fallen ihm ins Wort und weisen diese Anschuldigung mit aller Entschiedenheit zurück.

HELMER: "Die ÖVP hat keinen Grund, so zu reden. Sie hat einen Pakt mit dem WdU."

WEINBERGER: "Das war nur für den Fall einer Dreierkoalition, die eben nicht möglich ist."

RAAB: "Ich halte diese Dreierkoalition heute noch für zweckmäßig, aber wenn sie nicht zustande kommt, dann muß ein Pakt zwischen den beiden Parteien gemacht werden."

SCHÄRF: "Das wollen wir auch, aber die Voraussetzung dafür ist eine Einigung über die Regierungszusammensetzung."

RAAB kommt noch einmal auf den Sechserausschuß zurück und schlägt dann vor, daß gewisse Personalfragen im Verkehrsministerium der Zustimmung des Bundeskanzlers bedürfen und umgekehrt gewisse Personenfragen im Finanzministerium der Zustimmung des Vizekanzlers.

Auch das wird von sozialistischer Seite abgelehnt.

Man kommt in der Diskussion nicht weiter und einigt sich, die Verhandlungen abubrechen. Die ÖVP drängt auf Besprechungen am Nachmittag des gleichen Tages oder an einem der nächsten Tage. Die Sozialisten sagen aber erst für Samstag, den 28. März, zu, weil sie vorher mit ihrem Parteivorstand reden müssen.

SCHÄRF läßt keinen Zweifel darüber, daß der Parteivorstand den Vorschlag Raab's für die Regierungszusammensetzung ablehnen wird.

Schluß der Sitzung 13.30 Uhr. Nächste Sitzung Samstag, 28. März 1953, 8.30 Uhr, am gleichen Ort.

Vizekanzler
Dr. ARNOLD SCHWARF
Wien, 1. St. 2

Wien, am 26. März 1953

A *Rechnung erhalten*

Lieber Freund!

✓ Anbei vertraulich ein Erinnerungsvormerk.

Mit bestem Gruss



1 Beilage

Herrn
Bundesminister Dipl. Ing. Karl Waldbrunner

Erinnerungsvermerk über ein Gespräch, geführt am Donnerstag, den 26. März 1953 im Büro des Vizekanzlers von 3/4 1. bis 10 Uhr, zwischen Vizekanzler Dr. Scharf und Aussenminister Dr. Gruber:

Ich hatte gestern dem Aussenminister wegen der aus Amerika gekommenen Nachricht einen Brief geschrieben, dass Loewenthal öffentlich zuzusagen eine "Loyalitätserklärung" für Raab abgegeben hätte. Raab bezog sich auf diesen Brief von mir und sagte, Loewenthal sei in seinem Auftrag im State Department gewesen, um dort mitzuteilen, dass der Gedanke der Dreierkoalition aufgegeben sei; die Mehrleistung Loewenthals sei Produkt von diesem selbst und nicht klug.

Anschliessend daran kam Gruber auf unsere gestrigen Besprechungen über die Regierungsbildung zurück und fragte um die Aussichten.

Ich erklärte, dass wir in der Frage der Zusammensetzung der Regierung nicht nachgeben könnten und ebenso wenig in der Frage des Sechser-Ausschusses.

Gruber erklärte, Figl und er hätten den Eindruck gehabt, dass Helmer und Waldbrunner das Kompromiß Rechnungshof und Staatssekretär für Ausseres durchziehen würden. Man könnte doch nicht, wenn nunmehr ein anderer Mann auftrete, diesem dasselbe verweigern.

Ich verwies darauf, was von Gruber nicht bestritten wurde, dass ich stets darüber pessimistisch geurteilt hätte, ob ein solcher Kompromiß bei uns durchsetzbar wäre.

Gruber meinte, man solle doch Raab nicht scheitern lassen, das würde voraussichtlich zu raschen Neuwahlen führen.

Ich meinte, das sei für uns kein Schreck, aber wir könnten einfach Raab nicht so behandeln, wie wir Figl behandelt hätten.

In diesem Zusammenhang sagte Gruber, für Figl war die Partie nicht verloren, wenn er nur überhaupt sich zur Wehr gesetzt hätte. Aber er hat alles über sich ergehen lassen.

Gruber kam dann neuerlich auf die drei zur Verhandlung stehenden Gegenstände zurück:

1.) Konfessionelle Schule:

Ich sagte ihm, dass nach meiner letzten Erleuchtung eine im Parlament beschlossene Post für konfessionelle Schulen nicht verfassungsmässig zustandekommen könne, wenn sie nicht durch pak-

tiertem Gesetz geschaffen werde; der Bundespräsident könne vermutlich ein nicht verfassungsmässig zustandekommenes Gesetz nicht gegenzeichnen.

2.) In der Frage der Randgemeinen sei der Vorschlag ganz unreal, ein Magistratisches Bezirksamt der niederösterreichischen Landesregierung zu unterstellen.

3.) Die Frage des Sechserausschusses oder wie immer man eine Lösung suche (Gegenzeichnung gewisser Akten Waldbrunnens durch Raab und solcher von Kamitz durch Schärf) sei für uns nicht diskutabel.

Gerade das aber hielt Gruber für wesentlich.

Ich verwies ihn auf die Umstände, die uns unser mangelndes Vertrauen zu Kamitz rechtfertigen.

Gruber meinte, Raab werde trachten, mit mir persönlich noch über die Sachen vor unserer Parteivorstandssitzung zu sprechen.

Ich tat darüber nicht freudig erstaunt, sondern meinte, der beste Weg sei der Fünfer-Ausschuss.

Das Gespräch endete damit, dass mich Gruber bat, es nur als unter vier Augen geführt anzusehen und nicht darüber meinen Freunden zu berichten.

Vizekanzler
Dr. ADOLF SCHÄRF
Wien, I., Ballhausplatz 2

Wien, am 30. März 1953

Lieber Freund!

Anbei vertraulich ein Erinnerungs-
vermerk.
Mit bestem Gruss

1 Beilage

Herrn
Bundesminister Dipl. Ing. Karl Waldbrunner



Erinnerungsvermerk über die Parteienbesprechungen zur
Bildung einer Bundesregierung vom 28. März 1953
im Bundeskanzleramt, dauernd von 9 bis 1/2 1 Uhr;

Anwesend: Haab, Weinberger, Gorbach, Maleta, Kraus;
Schärf, Heimrath, Waldbrunner, Bittermann, Jonas.

Schärf beginnt unter Hinweis auf die tags zuvor stattgefundene
Sitzung des Parteivorstandes der SPÖ:

Wir setzen uns selbstverständlich voraus, dass ganz unab-
hängig von den Verhandlungen über die Regierungsbildung
das Budget oder das Budgetprovisorium erledigt werde; wir
wünschen Klarheit darüber, wie die zu bildende Regierung
funktionieren soll, eine Koalition in der Regierung, der
nicht eine Koalition im Parlament zur Seite steht, würde
den Staat von Krise zu Krise bringen, es sei nicht möglich,
dass eine Regierungspartei sich mit einer ausserhalb ste-
henden Partei zu gemeinsamen Vorgehen einigt; das würde
bedeuten, dass sozialistische Minister überhaupt keine
Vorlagen in der Regierung durchbringen und dass im Par-
lament eine Mehrheit gegen eine Regierungspartei sich bil-
den würde; eine vertrauensvolle Zusammenarbeit sei nur mög-
lich, wenn dieser Gedanke ausgeschaltet wird; die Sozialis-
ten müssten schliesslich auf der Einräumung eines neuen
essorts bestehen.

Haab: antwortet: wir haben die von uns vorgeschlagene Dreierko-
alition bereits aufgegeben, wir wollen eine Regierung bil-
den, die nicht bei erster Gelegenheit auseinanderfällt,
wir wollen einen solchen Pakt mit Ihnen abschliessen, dass
die Regierung von langer Dauer ist; hinsichtlich der Zusam-
mensetzung der Regierung könne er aber ausser dem Rechnungshof
bloss einex Staatssekretariat im Ausseren anbieten.

Er wünscht, dass man zuerst über die Zusammensetzung der
Regierung verhandle. Er wiederhole, dass die Regierung eine
tragfähige sein solle, aber eine weitere Regierungsfunktion
für die Sozialisten müsse er ablehnen; er modifiziert dann
seine früheren Ausführungen dahin, dass eine genaue Umschrei-
bung für die Voraussetzungen der Zusammenarbeit von der
Regierungsbildung abhängig sei.

Im Verlauf der Debatte schlägt dann Raab vor: wir sind zu einem Abkommen über die Zusammenarbeit bereit und schlagen Ihnen ausser dem Rechnungshofpräsidenten zwei Staatssekretäre (Ausseres und Handel) vor, wogegen Volkspartei Staatssekretäre im Innern und im Verkehr haben sollen.

Festgehalten werden soll, dass im Verlauf der Debatte Gorbach sagte, wenn Sie auf einem Ressort bestehen, dann müssten wir uns wohl die Freizügigkeit im Parlament vorbehalten.

Durch den Staatssekretär im Waldbrunner-Ministerium soll der Ger-Ausschuss in diesem Amt abgedungen werden, beim Finanzministerium soll der Ger-Ausschuss bestehen bleiben.

Wir lehnen diese Vorschläge ab.

Um 11,30 Uhr wird unterbrochen.

Raab ersucht mich um eine Zusammenkunft von einigen Minuten im Zimmer und in Gegenwart Figls.

Kort erklärt er, sie seien gebunden, kein Ressort abzugeben; er fragt an, an wen wir als Präsidenten des Rechnungshofes denken. Die Antwort, bisher ist nur von Frenzel geredet worden, aber Namen seien bei uns überhaupt noch nicht entschieden; darauf meint Raab: Im Falle Frenzel würden sie auf einen Vizepräsidenten im Rechnungshof verzichten. Sie würden sich nicht auf einen Staatssekretär im Waldbrunner-Ministerium versteifen, es sei auch denkbar, dass man in anderer Weise für den Schutz von Arbeitern und Angestellten im Waldbrunner-Ministerium vorsehe.

Ich erklärte ihm, dass wir eine Massnahme, die gegen Waldbrunner gerichtet sei, nicht diskutieren konnten. Um 12,15 Uhr wird die Beratung wieder aufgenommen.

Kort wiederholt den früheren Standpunkt und meint, dass die bisherigen Vorschläge zur Bildung der Regierung nicht befriedigend seien. Darauf wird abgebrochen.

Fortsetzung Montag, 9 Uhr.

Vizekanzler
Dr. ADOLF SCHÄRF
Wien, I., Rathausplatz 2

Wien, am 30. März 1953

42

Lieber Freund!

Anbei einen Erinnerungsvormerk.

Viele Grüße



1 Beilage

Herrn
Bundesminister Dipl. Ing. Karl Waldbrunner,
Wien, I.,

857

Erinnerungsvermerk über die Parteienbesprechung vom 30. März 1953 im Bundeskanzleramt über die Bildung der Regierung.

Die Besprechung beginnt um 9,10 Uhr; wird um 10,10' unterbrochen, um 10,30 Uhr wieder aufgenommen und um 11 Uhr neuerlich unterbrochen.

Anwesend: Raab, Weinberger, Maleta, Kraus, später Gorbach; Schärf, Helmer, Waldbrunner, Pittermann, Jonas.

Raab kommt auf das Samstag-Gespräch zurück und erklärt, der Sechserausschuss sei der Hauptstreitpunkt gewesen. Dieser hätte nach ihrer Auffassung die Bestimmung, ihre Leute vor Verfolgung zu schützen.

Waldbrunner erklärt darauf, in seinem Ressort werde keine Ungesetzlichkeit begangen und keine Verfolgung geübt, ganz gleich, ob es einen Sechserausschuss gebe oder nicht.

Kraus meint, dass die Einführung des Sechserausschusses in erster Linie der Optik diene, es solle ein sichtbares Organ bestellt werden.

Nach der Unterbrechung wird um 10,30 Uhr wieder aufgenommen.

Raab meint, wenn ein Staatssekretär im Waldbrunnerministerium nicht möglich sei, dann ziehe er seinen Vorschlag auf einen Staatssekretär im Handelsministerium ebenso zurück, wie den auf einen Staatssekretär bei Waldbrunner. Man solle sich mit dem Fortbestand des Sechserausschusses begnügen.

Schärf antwortet darauf: Dem Sechserausschuss bei Waldbrunner würde man nur zustimmen, wenn der Sechserausschuss im Finanzministerium auch seine Kompetenz auf die Banken und deren Konzernbetriebe ausdehnt.

Das wird abgelehnt.

Schärf: Der Vorschlag Raabs ist von uns unannehmbar. Da es zu keinem annehmbaren Vorschlag gekommen ist, fragt Schärf, welcher Vorgang jetzt weiter gewährt werde. Darauf ersucht Raab um eine Zusammenkunft für Nachmittag.

Die Besprechung wird um 11 Uhr unterbrochen und soll um 4 Uhr fortgesetzt werden.

Erinnerungsvermerk über die Parteienbesprechungen zur Bildung der Bundesregierung vom 30. März 1953, 16,15' bis 18,15 Uhr.

Anwesend die beiderseitigen Verhandlungskomitees.

Auf Aufforderung Kaabs resümiere ich: Wir sind vormittag auseinandergegangen an unserem Angebot: Rechnungshof und zwei Staatssekretäre im ÖVP Ressort, Sechserausschuss in beiden Ministerien, jedoch im Finanzministerium mit Zuständigkeit auch für die Banken und ihre Konzernunternehmungen.

In der Debatte darüber erklärt Waldbrunner, dass er keinen Sechserausschuss wünsche, aber zu jeder Vereinbarung über die paritätische Besetzung der Funktionäre bereit sei und dass er vorschläge, das Mitreden in Organisationsfragen aufzuheben.

Kaab schlägt vor, die Sechserausschüsse sollten im alten Bereich weiterwirken. In der Debatte darüber stellt sich heraus, dass die Herren von der Volkspartei meinen, es solle bei den Sechserausschüssen auch der alte Proporz (1949) weiter gelten; das lehnen wir ab.

Kaab wiederholt: Wenn die Volkspartei die Forderung nach einem Staatssekretär bei Waldbrunner fallen läßt, dann wünscht sie die alte Formel mit altem Inhalt für den Wirkungsbereich der Sechserausschüsse (Proporz 1949).

Im weiteren Verlauf plädieren Weinberger und Gruber für einen ÖVP-Vizepräsidenten beim Rechnungshof.

Um 8,15 Uhr werden die Verhandlungen abgebrochen, ihre Fortsetzung wird für Dienstag, 11 Uhr, in Aussicht genommen.